

**Freundeskreis  
Palast der Republik**

Mitglied im Ostdeutschen  
Kuratorium von Verbänden  
Rudolf Denner, Sprecher

18. August 2009

Herrn  
Kulturstaatsminister  
Bernd Neumann  
persönlich, per fax

**Ihre Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Das Humboldt Forum im Schloss:  
Anders zur Welt kommen“ am 08.07. 2009**

Werter Herr Staatsminister,

ich erlaube mir hiermit Ihnen einige Bemerkungen zu Ihrer o.g. Rede zu übermitteln und darf Sie um Ihre persönliche Antwort bitten.

Sie haben formuliert:

**„am Anfang stand das Schloss. Oder besser gesagt: der Wunsch nach dessen Wiederaufbau“**

Ich darf Sie korrigieren:

Das Schloss, von den zeitgenössischen Berlinern berechtigt als grauer schwarzer Kasten bezeichnet, der vor Jahrhunderten Gegenstand des „Berliner Unwillens“ war, weil die damaligen Berliner eine Zwingburg ablehnten, wurde Anfang Februar 1945 im Ergebnis von anglo-amerikanischen Bombenangriffen eine Ruine. Die viertägigen Brände konnte die Berliner Feuerwehr nicht löschen.

Erbitterte, opferreiche Kampfhandlungen der Roten Armee im Berliner Stadtzentrum führten zu weiteren Schäden.

Das sind historisch belegte Fakten, die Sie, Herr Staatsminister, wohl kaum bestreiten wollen. Am Anfang stand auch nicht der Wunsch nach dessen Wiederaufbau, sondern der Wunsch der Berliner nach Wohnraum, nach Sicherung existenzieller Lebensbedingungen nach einem verbrecherischen Krieg.

Wer hatte denn den Wunsch nach einem Schloss? Die Mehrheit der Berliner Bevölkerung war es nachweislich nicht.

Was war der wirkliche Anfang?

Sie gestatten, dass ich Ihnen dies mit der historisch gebotenen Genauigkeit exakt definiere: Beseitigt wurde nach langen Beratungen und Überlegungen, u. a. auch in Moskau, auf dem damaligen Berliner Schlossplatz eine Schlossruine.

Dies geschah damals in Deutschland auch an anderen Stellen.

Beispielsweise in Braunschweig. Waren das auch „barbarische Akte“?

Der Unterschied war nur, dass Berlin damals auch zur Hauptstadt des Kalten Krieges wurde, Braunschweig eben nicht.

Dieser Kalte Krieg wurde nicht von der damaligen Sowjetunion angezettelt.

Das ist bekannt und hinlänglich mit historischen Fakten belegt.

Ich darf davon ausgehen, dass Ihnen die wichtigsten Fakten bekannt sind.

Wer also hatte denn konkret den Wunsch nach dessen Wiederaufbau?

Es gehört zu den Geschichtslegenden dieser Zeit, solche Wünsche einzelnen Personen zu zuordnen und nach Möglichkeit zu verallgemeinern.

Auch Politiker der Bundesrepublik Deutschland bedienen sich dieser recht zweifelhaften Methode am konkreten Beispiel.

Wer ein kaiserliches Schloss haben wollte, musste vorher den Palast der Republik beseitigen.

Deshalb wurde die Asbestlüge erfunden, politisch inszeniert und medial genutzt.

Sie ist längst widerlegt und als politisches Argument zur Palastvernichtung entlarvt.

Auch die politischen Vorgänge der Meinungsbildung in den Debatten des Deutschen Bundestages vor und hinter den Kulissen der Öffentlichkeit sind uns hinreichend bekannt.

Das Thema Palastabbriss und „Schloss“ wurde und wird bis heute in den bürgerlichen Fraktionen des Bundestages kontrovers diskutiert, wie uns von dort mitgeteilt wurde.

Es ist ein Trauerspiel der bürgerlichen Demokratie und zeigt das Ausmaß der politischen Fragwürdigkeit am konkreten Beispiel.

Wer von diesen Bundestagsabgeordneten hat eigentlich vor allen Abstimmungen einmal das Gespräch mit den Palastbefürwortern gesucht?

Es gab von dieser Seite mehr als 10 Angebote zum sachlich –konstruktiven Dialog.

Weder die im Bundestag vertretenen „Volksparteien“ noch die FDP haben diese Angebote genutzt. Darf ich Sie persönlich fragen, Herr Staatsminister ob Sie dies in Ihrer Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter getan haben?

Darf ich Sie auch fragen, wie oft Sie den Palast der Republik während seiner Öffnungszeit besucht haben?

Ich frage Sie auch, welche konkrete Kenntnisse Sie persönlich zur Bedeutung und den großartigen Möglichkeiten dieses Gebäudes hatten?

Das Spiel hinter den politischen Kulissen ist uns in vielen Details bekannt, auch die handelnden Politiker. In vielen Handlungen scheuten und scheuen sie das Licht der Öffentlichkeit.

Wir dürfen feststellen, dass die Meinung einer eindeutigen Mehrheit der Bevölkerung, die gegen den Palastabbriss war, von der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten, also so genannten „Volksvertretern“ missachtete wurde.

Missachtet wurden nicht nur unsere Gesprächsangebote, missachtet wurden hunderte von Protestveranstaltungen, mehr als 100.000 Unterschriften für den Palasterhalt, eine beeindruckende Zahl von Petitionen an den Deutschen Bundestag.

Aus dieser Sicht ist Ihre Feststellung, dass „zum ersten Mal in der vielhundertjährigen Geschichte Berlins ein demokratisch legitimer Bau in der historischen Mitte entstehen“ soll schlichtweg falsch und eine Irreführung der Bevölkerung. Zu keiner Zeit haben Sie dazu deren mehrheitliche Zustimmung erhalten, im Gegenteil!

Sichtbar wird lediglich die Fragwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Werter Herr Staatsminister,

Sie haben sich auf Ihre Rede am 2.Dezember 1999 vor dem Deutschen Bundestag bezogen.

Ich darf Sie, gerichtet an die damalige PDS zitieren:

„Sie sollten sich als Nachfolger der SED bei diesem Thema sehr zurückhalten. Ihre politischen Ziehväter, an der Spitze der SED-Genosse Walter Ulbricht, haben in einem Akt kultureller Barbarei das zwar durch den Krieg schwer beschädigte, aber durchaus restaurierbare, schöne Stadtschloss abgerissen, nur um einen Aufmarschplatz für die Kolonnen der SPD zu bekommen“

Sie gestatten, dass ich dazu feststelle:

Die Entsorgung einer Kriegrüne bezeichnen Sie als einen Akt kultureller Barbarei.

Ich bezeichne die Vernichtung des voll funktionsfähigen Palastes der Republik als ein kultur – politisches Verbrechen. Das ist keine Einzelmeinung. Sie wird von vielen Bürgern, Fachexperten und Historikern geteilt.

Sie, Herr Staatsminister sind wie viele andere Bundestagsabgeordnete, daran persönlich beteiligt.

Sie sind auch daran beteiligt, dass dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik Deutschland Schaden entstand und den Steuerzahlern unseres Landes ein finanzieller Schaden von ca. einer Milliarde Euro entstanden ist.

In Ihrer Rede am 08.07. 2009 stellten Sie fest:

„Doch nun sind die Entscheidungen gefallen. Daran werden sich auch die Kritiker des Wiederaufbaus gewöhnen müssen“

Irrtum, Herr Staatsminister!

Daran werden wir uns nicht gewöhnen!

Im Gegenteil!

Sie haben schlichtweg übersehen, dass die Mehrheit der Bevölkerung kein Pseudo-Schloss wünscht und den Palastabbriss verurteilt.

Sie fällt auf eine durch und durch verlogene Medienpolitik nicht herein sondern gebraucht ihren gesunden Menschenverstand.

Sie haben auch übersehen, dass der politisch motivierte Palastabbriss längst zum Symbol für die Annexion der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland wurde.

Möglicherweise ist Ihre Sichtweise auch nur die vermeintlicher Sieger der Geschichte. Die Geschichte beweist aber, dass diese meist nur blind waren.

Blindheit aber war noch nie ein guter Ratgeber.

Unser diesbezügliches Hinterland berechtigt uns zu großen Hoffnungen.

In diesem Sinne freue ich mich auf Ihre Antwort auf diesen Brief.

Beide Schriftstücke werden wir am 1. September d. J. der Öffentlichkeit übergeben.

Mit angemessenen Grüßen,

Rudolf Denner,

Sprecher des Freundeskreises